

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 16/3800 und 16/4300

Einzelplan 04 - Justizministerium

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizministerium - wird in geänderter Fassung angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) der Landesregierung, Drucksache 16/3800, wurde vom Plenum nach 1. Lesung am 25. September 2013 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt, überwiesen. Mit Drucksache 16/4300 floss dem Gesetzentwurf eine Ergänzung der Landesregierung zu.

Der in den Zuständigkeitsbereich des Rechtsausschusses fallende Einzelplan 04 wurde in den Sitzungen des Fachausschusses am 9. Oktober und 20. November 2013 beraten. Die abschließende Beratung und Abstimmung hat unter Berücksichtigung der Vorlagen 16/1119 und 16/1263 in der Sitzung am 20. November 2013 stattgefunden.

B Anträge der Fraktionen

Von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden die aus der Anlage ersichtlichen gemeinsamen Änderungsanträge mit den laufenden Nummern 1 bis 7 im Fachausschuss in der Sitzung am 20. November 2013 zur Beratung und Abstimmung gestellt. Sofern zu den Anträgen Begründungen abgegeben wurden, ergeben sie sich im Wesentlichen aus der Anlage.

Das Abstimmungsergebnis zu den einzelnen Anträgen der Fraktionen ergibt sich aus der Anlage. Alle Änderungsanträge wurden angenommen.

C Gesamtabstimmung

Bei der Abstimmung wurde der Einzelplan 04 in der vom Ausschuss geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der PIRATEN angenommen.

Dr. Robert Orth
Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/1379

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
2	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2014</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">Ansatz lt. HH2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.040.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">210.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">890.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Sicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften soll sukzessive durch eigene beamtete Kräfte des einfachen Dienstes erfolgen. Parallel entfällt der Einsatz von Mitarbeitern externer Bewachungsunternehmen. Daher ist eine Reduzierung des Baransatzes um 210.000 Euro zur Gegenfinanzierung der Aufwendungen für die neu einzustellenden eigenen Kräfte vorzusehen. Die Gegenfinanzierung betrifft 4 zusätzliche Planstellen der BesGr. A 4 im Kapitel 04 210 und 3 im Kapitel 04 240.</p>	2014		Ansatz lt. HH2013	von	1.100.000 Euro	1.040.000 Euro	um	210.000 Euro		auf	890.000 Euro		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p style="text-align: center;">angenommen</p>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja
2014		Ansatz lt. HH2013																							
von	1.100.000 Euro	1.040.000 Euro																							
um	210.000 Euro																								
auf	890.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/1379

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
3	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 4 wird von 604 um 4 auf 608 erhöht.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2014</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">668.883.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">650.713.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">669.003.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Eingangskontrolle in der Arbeitsgerichtsbarkeit soll zukünftig nur durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal wahrgenommen werden. Im Hinblick auf ihre geringe Größe werden die Arbeitsgerichte dabei regelmäßig nur mit einer Stelle des Justizwachtmeisterdienstes ausgestattet. Die Vertretung der Justizwachtmeister/Justizwachtmeisterinnen müssen aus organisatorischen Gründen die an den jeweiligen Orten ansässigen Land- oder Amtsgerichte übernehmen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist die Einrichtung von weiteren 4 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhauptwachtmeister/Justizhauptwachtmeisterin - BesGr. A 4) erforderlich.</p>		2014	Ansatz lt. HH 2013	von	668.883.100 Euro	650.713.700 Euro	um	120.000 Euro		auf	669.003.100 Euro		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p>angenommen</p>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2014	Ansatz lt. HH 2013																							
von	668.883.100 Euro	650.713.700 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	669.003.100 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/1379

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
4	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 240 Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 4 wird von 5 um 12 auf 17 erhöht. Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: center;">2014 Ansatz lt. HH 2013</p> <p>von 18.784.800 Euro 19.112.400 Euro um 360.000 Euro auf 19.144.800 Euro</p> <p>Begründung: Angesichts der besonderen Bedeutung der körperlichen Unversehrtheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und der rechtsuchenden Bevölkerung ist es erforderlich, die hoheitliche Aufgabe der Eingangssicherung auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal zu übernehmen. Bedienstete mit langjährigen Erfahrungen bei der Eingangssicherung und internen Kenntnissen der gerichtlichen Abläufe sind wesentlich besser geeignet, etwaige Gefahrensituationen zu erkennen und entsprechend zu handeln. Um eine flächendeckende Ausstattung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit eigenem Personal zu erreichen, ist die Einrichtung von weiteren 12 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhauptwachtmeister/ Justizhauptwachtmeisterin - BesGr. A 4) erforderlich.</p>	<p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p style="text-align: center;">angenommen</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/1379

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
5	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 240 Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte</p> <p>Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p style="text-align: right;">2014 Ansatz lt. HH 2013</p> <p>von 286.100 Euro 376.100 Euro um 270.000 Euro auf 16.100 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die hoheitliche Aufgabe der Eingangssicherung soll in der Arbeitsgerichtsbarkeit flächendeckend durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal übernommen werden. Zur Gegenfinanzierung von 9 der für diesen Zweck in der Arbeitsgerichtsbarkeit einzurichtenden 12 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes wird der Ansatz bei den Entgelten für Aushilfen um 270.000 € reduziert.</p>	<p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>angenommen</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014
Personalhaushalt**

Anlage zu Vorlage 16/1379

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
6	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 250 Landessozialgericht und Sozialgerichte Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen der BesGr. A 4 wird von 4 um 4 auf 8 erhöht.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2014</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2013</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">25.683.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">24.746.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">25.803.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Angesichts der besonderen Bedeutung der körperlichen Unversehrtheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und der rechtsuchenden Bevölkerung ist es erforderlich, die hoheitliche Aufgabe der Eingangssicherung auch in der Sozialgerichtsbarkeit durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal zu übernehmen. Bedienstete mit langjährigen Erfahrungen bei der Eingangssicherung und internen Kenntnissen der gerichtlichen Abläufe sind wesentlich besser geeignet, etwaige Gefahrensituationen zu erkennen und entsprechend zu handeln. Um eine flächendeckende Ausstattung der Sozialgerichtsbarkeit mit eigenem Personal zu erreichen, ist die Einrichtung von weiteren 4 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes (Justizhauptwachtmeister/ Justizhauptwachtmeisterin - BesGr. A 4) erforderlich.</p>		2014	Ansatz lt. HH 2013	von	25.683.900 Euro	24.746.700 Euro	um	120.000 Euro		auf	25.803.900 Euro		<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p>angenommen</p>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2014	Ansatz lt. HH 2013																							
von	25.683.900 Euro	24.746.700 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	25.803.900 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuss
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 16/1379

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
7	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 04 250 Landessozialgericht und Sozialgerichte</p> <p>Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p style="text-align: right;">2014 Ansatz lt. HH 2013</p> <p>von 518.100 Euro 180.800 Euro um 120.000 Euro auf 398.100 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die hoheitliche Aufgabe der Eingangssicherung soll in der Sozialgerichtsbarkeit flächendeckend durch eigenes, unbefristet beschäftigtes Personal übernommen werden. Zur Gegenfinanzierung der für diesen Zweck in der Sozialgerichtsbarkeit einzurichtenden 4 Planstellen des Justizwachtmeisterdienstes wird der Ansatz bei den Entgelten für Aushilfen um 120.000 € reduziert.</p>	<p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>angenommen</p>